

22. Oktober
2019

Landtags-Sitzungssaal
Chiemseehof Salzburg

Anträge

Salzburger Jugendlandtag 2019



**GRUPPE RÄUME UND
BETEILIGUNG FÜR ALLE**

Michael Berger
Viktor Loreth
Emanuel Mairoll
Sebastian Bruchmann
Jonas Rettenbacher
Lorenz Kraml

**GRUPPE DIE EU MIT DER
JUGEND ZUSAMMENBRINGEN**

Rusul Arkam
Bernadette Bründl
Laura Iloldi Davalos
Kiana Khorramian
Pia Pabinger
Andreas Schwab

GRUPPE GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Annika Hess
Katharina Schwaighofer
Klemens Pfeifenberger
Simon Moser
Mia C. Gruber
Alexander Bar
Theresa Brandauer
Elisa Marie Quehenberger
Anne Landwehr

**GRUPPE PSYCHISCHE GESUNDHEIT
UND WOHLBEFINDEN**

Miriam Stürzl
Regina Seiwald
Alexander Huttegger
Alexandra Tabojer
Carl-Nityananda Allesch
Theresa Fischer
Corina Steger
Nadia Shtanko

**GRUPPE EIN NACHHALTIGES
GRÜNES EUROPA**

Leyla Kum
Hannah Lukasser
Miriam Lindner
Sebastian Schwap
Bernhard Gögele
Christina Maria Göllner
Tiba Roberta Hütter
Lisa Fuchs

MEDIENGRUPPE

Julia Gangl
Tanja Kreidenhuber
Lea Huber

Antrag 1: Räume und Beteiligung für alle

Emanuel Mairoll, Viktor Loreth betreffend
mobile BürgerInnenapplikation zum zentralen Abrufen und
Teilen von persönlichen Daten aus staatlichen und privaten Registern..... 04

Antrag 2: Räume und Beteiligung für alle

Michael Berger, Lorenz Kraml betreffend
Wahlinformation für BürgerInnen im Land Salzburg..... 05

Antrag 3: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Bernadette Bründl und Pia Pabinger betreffend
Förderung von Schulausflügen nach Brüssel in der Oberstufe 06

Antrag 4: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Andreas Schwab und Kiana Khorramian betreffend Bildung zu österreichischer
und europäischer Politik im Rahmen des Schulunterrichts in allen Schultypen 07

Antrag 5: Gute Arbeit für alle

Theresa Brandauer und Mia Gruber betreffend qualifizierte und
umfangreiche Vorbereitung auf die Arbeitswelt für Jugendliche 08

Antrag 6: Gute Arbeit für alle

Anne Landwehr und Mia C. Gruber betreffend
Landesbetriebe als Vorbilder im Bereich Arbeit 09

Antrag 7: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend Förderung des
Empathievermögens und Steigerung der sozialen Kompetenzen in Schulen 10

Antrag 8: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend psychosoziale
Unterstützungspersonen in Schulen als Form der Prävention gegen
psychische Belastungen und für die Steigerung des seelischen
Wohlbefindens im Alltag eines/einer Jugendlichen 11

Antrag 9: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Sebastian Schwap und Miriam Lindner betreffend
Öffis stärken – Individualverkehr schwächen 12

Antrag 10: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter betreffend Lebensmittel im Abfall 13

ANTRAG 1: Räume und Beteiligung für alle

Emanuel Mairoll, Viktor Loreth betreffend mobile BürgerInnenapplikation zum zentralen Abrufen und Teilen von persönlichen Daten aus staatlichen und privaten Registern

Während in weiten Teilen der Welt der digitale Fortschritt immer weiter vorankommt, bleibt Österreich in der digitalen Steinzeit. In vielen Servern werden redundante oder veraltete Informationen gespeichert, die Verwaltung dieser ist arbeits- und geldaufwändig. Es wird Zeit, dass wir uns in großen Schritten dem digitalen Zeitalter annähern. Im Zuge dessen halten wir es für unerlässlich, dass in Österreich eine digitale, einheitliche Plattform geschaffen wird, die es den BürgerInnen erlaubt, überall auf ihre wichtigen Daten zugreifen zu können und diese mit einem Klick mit anderen Institutionen zu teilen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Die Landesregierung möge sich an die Bundesregierung wenden, um Folgendes zu fordern:

1. Die Schaffung und Bereitstellung einer Applikation für Mobilgeräte mit Internetverbindung, welche als Schnittstelle für die Verwaltung der persönlichen Daten dient. In erster Linie soll die Applikation den einfachen Zugriff auf die Register des Bundesrechenzentrums (wie das Zentrale Melderegister oder die elektronische Gesundheitsakte) ermöglichen.
2. Außerdem fordern die Antragsteller, dass die Applikation eine Schnittstelle zur Integration der Daten von DrittanbieterInnen wie Verkehrsverbänden oder Banken beinhaltet, um etwa Fahrscheine oder Bankverbindungen darstellen zu können.
3. Weiters soll es die Applikation erlauben, ebendiese Daten kontrolliert und gezielt mit anderen Instanzen (Behörden, Unternehmen, Privatpersonen) temporär teilen oder permanent freigeben zu können. Dies ermöglicht unter anderem eine einfache Authentifizierung der BürgerInnenInnen im öffentlichen (im Sinne eines Personalausweises) sowie im digitalen (im Sinne der BürgerInnenkarte) Raum. Außerdem dient sie verwaltungsbeauftragten Instanzen zum einfachen und kontrollierten Zugriff auf aktuelle Informationen (wie etwa MitarbeiterInnendaten in der Verwaltung des Arbeitgebers/ der Auftraggeberin) und trägt durch Adressierung des sogenannten „Pass-By-Value-Problems“ zum Bürokratieabbau bei.
4. Die Datenfreigabe wird durch den Nachfragenden/ die Nachfragende initiiert. Dieser/ diese stellt über direkte Kommunikationsverfahren wie QR-Codes oder NFC eine Anfrage auf bestimmte Bereiche der hinterlegten Daten. Durch die Verwendung eines Push-TAN-Verfahrens kann diese Freigabe durch die BürgerInnen selbst kontrolliert autorisiert werden.

**Salzburg, 22.10.2019
Emanuel Mairoll, Viktor Loreth**

**Antragsteller: Emanuel Mairoll, Viktor Loreth
Gruppensprecher: Emanuel Mairoll**

ANTRAG 2: Räume und Beteiligung für alle

Michael Berger, Lorenz Kraml betreffend Wahlinformation für BürgerInnen im Land Salzburg

Im Rahmen der Nationalratswahl 2019 haben die Parteien ihre Wahlprogramme vorgestellt. Diese sind oftmals kompliziert und ungenau formuliert, besitzen keinerlei Struktur und führen die WählerInnen in die Irre. Aufgrund dieser Umstände kann man oftmals nicht entscheiden, welche Partei die persönlichen Interessen am besten vertritt. Dies verleitet viele BürgerInnen dazu, sich nur nach der Sympathie der SpitzenkandidatInnen zu richten. Ein solcher Umstand ist in einem demokratischen Land wie Österreich untragbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, eine neutrale Kommission einzurichten, welche die Parteiprogramme aller zu Landeswahlen antretender Parteien analysiert und verständlich zusammenfasst, um auf Grundlage dieser Zusammenfassung ein Informationsheft für alle BürgerInnen zu gestalten und
2. dieses an alle Haushalte im Land Salzburg bei allen zukünftigen Wahlen mit der Wahlinformation zu versenden beziehungsweise bei Briefwahl im Kuvert zu inkludieren.
3. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

**Salzburg, 22.10.2019
Michael Berger und Lorenz Kraml**

**Antragsteller: Michael Berger und Lorenz Kraml
Gruppensprecher: Michael Berger**

ANTRAG 3:

Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Bernadette Bründl und Pia Pabinger betreffend Förderung von Schulausflügen nach Brüssel in der Oberstufe

Ein Großteil der SchülerInnen aus Salzburg ist in Anbetracht der Funktionen und Angebote für Jugendliche von der Europäischen Union nicht ausreichend aufgeklärt und informiert. Bei den EU-Wahlen lässt sich die niedrige Jugend-Wahlbeteiligung auf mangelnde Informationen und fehlenden Bezug zur EU zurückführen.

Statt trockener Vorträge im Rahmen des Unterrichts würde eine gemeinsame Bildungsreise nach Brüssel den SchülerInnen exklusive Einblicke hinter die Kulissen geben und das persönliche Interesse wecken. Angelehnt an das steirische Modell der Förderung von Schulausflügen zu Einrichtungen der EU, ist es uns ein Anliegen, auch den SchülerInnen unseres Bundeslandes diese einzigartige Möglichkeit zu bieten. Dieses Projekt sollte flächendeckend und verpflichtend eingeführt werden, um die größtmögliche Zielgruppe zu erreichen und die politische Allgemeinbildung der Salzburger Jugendlichen zu verbessern.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass im Bundesland Salzburg eine verpflichtende EU- Bildungsreise nach Brüssel ab der 9. Schulstufe stattfindet.
2. Für dieses Projekt finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die EU- Bildungsreise nach Brüssel für jede/n SchülerIn möglich wird. Außerdem soll ein Vorbereitungsworkshop stattfinden, damit alle TeilnehmerInnen schon vorab Einblick in die Thematik bekommen.
3. In Brüssel ein Kennenlernen einiger EU-PolitikerInnen wie auch der verschiedenen Einrichtungen zu ermöglichen.
4. Dass vor Ort EU-ExpertInnen und EU-PolitikerInnen den Schülerinnen für Fragen zur Verfügung stehen.

Salzburg, 22.10.2019
Bernadette Bründl und Pia Pabinger

AntragstellerInnen: Bernadette Bründl und Pia Pabinger
Gruppensprecherin: Pia Pabinger

ANTRAG 4:

Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Andreas Schwab und Kiana Khorramian betreffend Bildung zu österreichischer, internationaler und europäischer Politik im Rahmen des Schulunterrichts in allen Schultypen

Im Land Salzburg fühlt sich ein Großteil der Jugendlichen über aktuelle nationale, europäische und internationale politische Themen zu wenig aufgeklärt. Lediglich vor großen Wahlereignissen werden diese Thematiken kurz im Unterricht behandelt.

Wir als SchülerInnen empfinden, dass die politische Bildung in der bisherigen Form zu wenig behandelt wird. Viele der Jugendlichen wollen sich politisch beteiligen, haben aber oft nicht das Wissen und die Möglichkeit, dies aktiv zu tun.

Unserer Ansicht nach ist es sehr wichtig, dass alle SchülerInnen ab der 9. Schulstufe über alle politischen Ereignisse und Aktivitäten informiert werden. Dies sollte Teil der Schulbildung sein, da die Schule die SchülerInnen zu mündigen und kompetenten Mitgliedern unserer Gesellschaft erziehen sollte. Dazu gehören auch die Beteiligung an demokratischen Prozessen und das notwendige Wissen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass ab der 9. Schulstufe, in den Stunden des Faches „Geschichte und Sozialkunde/ politische Bildung“, mindestens 1/3 der Zeit für folgende Themen verwendet wird:
 - Aktuelle nationale, europäische und internationale Politik
 - Europäische Union
 - Parteipolitische Landschaften in Österreich und Europa
2. Dass Fortbildungen für LehrerInnen angeboten werden, damit sie ihr Wissen zu nationaler, internationaler Politik wie auch zur europäischen Union erweitern. Außerdem sollen Methoden erlernt werden, um dieses neutral zu vermitteln sowie die SchülerInnen aktiv mit einzubeziehen.

Salzburg, 22.10.2019
Andreas Schwab und Kiana Khorramian

AntragstellerInnen: Andreas Schwab und Kiana Khorramian
Gruppensprecherin: Pia Pabinger

ANTRAG 5: Gute Arbeit für alle

Theresa Brandauer und Mia Gruber betreffend qualifizierte und umfangreiche Vorbereitung auf die Arbeitswelt für Jugendliche

In Österreich ist man ab dem 15. Lebensjahr dazu berechtigt, einer Arbeit nachzugehen. Gleichzeitig leben wir in einem Schul- und Arbeitssystem, das darauf baut, allen die gleiche Bildung zu ermöglichen. Trotzdem wissen viele Jugendliche nicht, was sie in der Arbeitswelt erwartet und welche Rechte und Pflichten sie in einem Arbeitsverhältnis haben. Viele Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden höheren und berufsbildenden höheren Schulen, aber auch Lehrlinge im Bundesland Salzburg, fühlen sich nicht ausreichend über die Arbeitswelt informiert und sind für den Einstieg in die jeweiligen Arbeitsbereiche nicht genügend vorbereitet. Die Möglichkeiten der Information, der Weiter- und Fortbildung im Bereich Jugend und Arbeit sind im Bundesland Salzburg für Lehrkräfte aber auch SchülerInnen noch unzureichend, unübersichtlich und, wenn vorhanden, der Allgemeinheit nicht bekannt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen im Bereich Jugend und Arbeit zu schaffen, die sich mit den realen Erwartungen der Arbeitswelt an die ArbeitnehmerInnen beschäftigen.
2. Eine lebensweltorientierte Neuausrichtung der aktuellen Berufsinformationsmesse, um die Arbeitswelt erlebbarer und eine einfachere Kontaktaufnahme mit zukünftigen ArbeitgeberInnen zu ermöglichen. Dies kann umfassen:
 - Aktivitätsinseln – Arbeitsbereiche zum Ausprobieren und „Anfassen“
 - altersspezifische Gespräche mit Fachkräften
 - Gutschein für ein begleitetes Betriebspraktikum
 - aktivierende Workshops zu den Themen Arbeitsrecht und Bewerbung
3. Um eine Übersichtlichkeit in dieser Weiterbildungslandschaft zu gewährleisten fordern wir, dass der Salzburger Landtag eine Plattform mit den verschiedenen InteressensvertreterInnen und ExpertInnen errichtet, dass uns Jugendlichen und Jobsuchenden das beste Angebot zur Verfügung gestellt wird.

Salzburg, 22.10.2019

Theresa Brandauer und Mia Gruber

Antragstellerinnen: Theresa Brandauer und Mia Gruber

Gruppensprecherin: Theresa Brandauer

ANTRAG 6: Gute Arbeit für alle

Anne Landwehr und Mia C. Gruber betreffend Landesbetriebe als Vorbilder im Bereich Arbeit

Das Land Salzburg ist branchenübergreifender Arbeitgeber in unzähligen Betrieben. Da sich das Land zum Ziel gesetzt hat, lehrlingsfreundlichstes Bundesland zu werden, sollte dieses selbst als vorbildhafter Arbeitgeber auftreten, um so beispielgebend für Betriebe und ArbeitgeberInnen im ganzen Bundesland Salzburg zu sein und auch maßgeblich zur Verbesserung der Arbeitsqualität beizutragen.

Gute Arbeit setzt einen guten Arbeitgeber/eine gute Arbeitgeberin voraus. Als solcher sollte man faire Arbeitsverhältnisse garantieren und ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Familie ermöglichen, um sowohl Leistung als auch Motivation zu steigern. Darüber hinaus sollten in ansprechenden Praktika jungen Menschen die Arbeitsfelder nähergebracht werden. Mit der Durchführung der folgenden Forderungen erreicht man eine vielversprechende, zukunftsweisende Arbeitskultur.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. In allen Betrieben des Landes Salzburg die 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen, da diese nachweislich zu erhöhter Produktivität, weniger Fehlern und motivierteren MitarbeiterInnen führt. Außerdem verbessert sich die (mentale) Gesundheit und Lebensqualität der ArbeiterInnen durch eine ausgeglichene „Work – Life – Balance“ erheblich.
2. In den Unternehmen und Betrieben des Landes faire Praktikumsplätze für junge Menschen bereit zu stellen. Faire Praktika mit Praktikumsvertrag:
 - sind fair bezahlt (nach Vorgaben des Kollektivvertrags, wenn vorhanden; für SchülerInnen in Anlehnung zur Lehrlingsentschädigung, für Studierende orientiert am Fachkräfte-Entgelt).
 - bieten eine adäquate Betreuungsperson,
 - stimmen mit dem Lehrplan überein,
 - bieten eine sinnvolle und praxisnahe Ergänzung zum Unterricht.
3. In den Firmen des Landes eine hochwertige betriebliche Kinderbetreuung für junge Kinder (0 – 6 Jahre) einzurichten, um das Land Salzburg als attraktiven Arbeitgeber und familienfreundliches Unternehmen zu positionieren und zu stärken. Diese sollten von einem großen Team an PädagogInnen geleitet werden, damit diese ausreichend auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen können, um so deren soziale Kompetenzen zu fördern. Außerdem sollten die Arbeitszeiten und Urlaubstage der Eltern berücksichtigt werden.

Salzburg, 22.10.2019

Anne Landwehr und Mia C. Gruber

Antragstellerinnen: Anne Landwehr und Mia C. Gruber

Gruppensprecherin: Theresa Brandauer

ANTRAG 7: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend Förderung des Empathievermögens und Steigerung der sozialen Kompetenzen in Schulen

Leider ist es offensichtlich, dass bei immer mehr Kindern und jungen Erwachsenen das Gefühl für Empathie verloren geht. Dadurch steigt die Gewaltbereitschaft in unterschiedlichen Formen, wie zum Beispiel Mobbing und Cybermobbing, gewaltverherrlichende Videos sowie mangelnde Hilfsbereitschaft.

Durch Präventionsarbeit, Wertevermittlung und Persönlichkeitsbildung kann dies verhindert werden. Dies sieht man am Beispiel der BAfEP Salzburg. Dort sind die oben genannten Vorfälle kaum zu finden, weil der Lernplan Psychologie, Präventionsarbeiten, Gemeinschaftsstärkung, soziale Kompetenzen und Persönlichkeitsbildung beinhaltet, da auf diese Dinge besonders viel Wert gelegt wird. Dies kommt in vielen anderen Schulmodellen oft zu kurz.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, in einem ersten Schritt die Lehrpläne ab der ersten Unterstufe zu ändern und ein zusätzliches, verpflichtendes Fach einzuführen, das folgende Kompetenzen fördert:

- soziale Kompetenz
- Persönlichkeitsbildung
- Psychologie, insbesondere Erste Hilfe bei psychischen Problemen
- Gemeinschaftsstärkung
- Präventionsarbeit, insbesondere gegen Mobbing, Gewalt und Suchtproblematiken
- Wertevermittlung

Dieses Fach soll altersgerecht in allen Schulstufen vermittelt werden.

Salzburg, 22.10.2019

Theresa Fischer und Alexander Huttegger

AntragstellerInnen: Theresa Fischer und Alexander Huttegger

Gruppensprecherin: Theresa Fischer

ANTRAG 8: Psychische Gesundheit und Wohlbefinden

Theresa Fischer und Alexander Huttegger betreffend Psychosoziale Unterstützungspersonen in Schulen als Form der Prävention gegen psychische Belastungen und für die Steigerung des seelischen Wohlbefindens im Alltag eines/einer Jugendlichen

Aufgrund mangelnder Aufklärung im psychologischen Bereich, fehlt es SchülerInnen oft an Mut, bei Fachkräften um Hilfe zu bitten und sich beraten zu lassen. Nicht selten haben Jugendliche Probleme mit Stress und Druck durch Schule oder Gesellschaft. Leider fällt es BürgerInnen des Landes Salzburg nach wie vor schwer, sich psychische Krankheiten einzugestehen, damit umzugehen und adäquat zu reagieren. So bleiben beispielsweise Essstörungen, Süchte, familiäre Problematiken und weitere Tabu-Themen mehrfach unbehandelt. Obwohl die Möglichkeit eines Schulpsychologen/einer Schulpsychologin vorhanden ist, wird sie aufgrund von Scham und Hemmungen meist nicht angenommen. Der direkte Kontakt fehlt. Folglich geraten diese Fachkräfte des Öfteren in Verruf. Dementsprechend bleibt die Jugend mit ihren Problemen auf den Schulbänken sitzen, was negative Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit und Lebensqualität hat.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht:

1. Die Schulen sollen ausnahmslos über SchulpsychologInnen verfügen, welche eine spezifische Ausbildung absolviert haben, die von einer unabhängigen Organisation (zB. KiJA) durchgeführt wird:
 - Spezialisierung auf Jugendliche, ihre aktuellen Themen und Probleme sowie persönliche Beratung
 - Miteinbeziehen der SchülerInnen als ausgebildete Peer-MediatorInnen
 - Regelmäßige Workshops für Klassen, welche Aufklärung bieten – dafür können Kooperationen mit Vereinen wie Spektrum, Verein Selbstbewusst, Rainbows, Kidslife etc. eingegangen werden.Dabei ist wichtig, dass sich die PsychologInnen mehr in das Schulgeschehen einbringen, aktiv daran Teil nehmen und den Kontakt suchen. Die Peer-MediatorInnen sollen im ständigen Austausch mit den SchulpsychologInnen stehen, um bestmöglich handeln zu können.
2. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, mit diesen Forderungen auch an die Bundesregierung heranzutreten, um diesen Problemen auch in Bundesschulen entgegen zu treten.

Salzburg, 22.10.2019

Theresa Fischer und Alexander Huttegger

AntragstellerInnen: Theresa Fischer und Alexander Huttegger

Gruppensprecherin: Theresa Fischer

ANTRAG 9: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Sebastian Schwap und Miriam Lindner betreffend Öffis stärken – Individualverkehr schwächen

Um die drohende Klimakrise abzuwenden, ist ein radikales Umdenken, vor allem im Verkehrsbereich, gefordert. Doch dafür muss Herr Landesrat Schnöll auch mit anderen Ressorts, wie dem von Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Schellhorn, zusammenarbeiten.

Der Umstieg auf Öffis ist vor allem in ländlicheren Gebieten auf Grund von zu geringer Taktung und Erschließung oft nicht möglich. Viele Jugendliche versuchen deshalb möglichst schnell einen Führerschein zu erhalten, um sich unabhängig bewegen zu können. Dies führt zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen und somit auch zu erhöhten Abgaswerten.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken ist es, das eigene Fahrzeug nur mehr dazu zu benutzen, um die „letzte Meile zur Bus- oder Bahnhaltestelle“ zurückzulegen. Wichtig ist daher nicht nur, das öffentliche Verkehrsnetz im nicht-urbanen Raum auszubauen, sondern auch den Umstieg auf Öffis durch ein multimodales Verkehrskonzept zu erleichtern.

Doch auch in der Arbeitswelt wird der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr viel zu wenig gefördert. Die PendlerInnenpauschale wäre eine gute Möglichkeit hier Anreize für einen Umstieg zu schaffen. Eine gestaffelte Pauschale, in der FußgängerInnen und RadfahrerInnen gegenüber Öffi-NutzerInnen und diese wiederum gegenüber KFZ-LenkerInnen bevorzugt werden, würde eine positive Lenkungswirkung erzielen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass alle Ressorts der Salzburger Landesregierung zusammen an Lösungen für die bevorstehende Klimakrise arbeiten.
2. Das öffentliche Verkehrsnetz im nicht-urbanen Raum auszubauen sowie die Einführung eines multimodalen Verkehrskonzeptes um den Individualverkehr außerhalb der „letzten Meile zur Bus- oder Bahnhaltestelle“ einzuschränken.
3. Die PendlerInnenpauschale in Form eines gestaffelten Systems, in dem die unterste, und somit am wenigsten geförderte Stufe die der KFZ-LenkerInnen, die mittlere die der Öffi-NutzerInnen und die oberste die der FußgängerInnen bzw. RadfahrerInnen ist, zu ökologisieren.

Salzburg, 22.10.2019
Sebastian Schwap und Miriam Lindner

AntragstellerInnen: Sebastian Schwap und Miriam Lindner
Gruppensprecher: Sebastian Schwap

ANTRAG 10: Ein nachhaltiges und grünes Europa

Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter betreffend Lebensmittel im Abfall

Viele eigentlich verwertbare Lebensmittel werden tagtäglich von Supermärkten einfach entsorgt, obwohl diese bei gemeinnützigen Organisationen etc. noch verwendet werden könnten. Damit wären die bei der Erzeugung und beim Transport entstandenen Emissionen zumindest nicht komplett sinnlos und bedürftige Menschen würden davon profitieren. Diese unnötige Verschwendung ist weder moralisch noch in Hinsicht auf die Klimaziele 2050 vertretbar.

Anhand des Beispiels Frankreich ist ersichtlich, dass es lösungsorientierte Wege gibt seit drei Jahren sind französische Supermärkte nämlich dazu verpflichtet, nicht konsumierte Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass eine Verpflichtung für Supermärkte eingeführt wird, die besagt, dass die nicht mehr für den Verkauf gedacht bzw. geeigneten Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen abzugeben oder gegebenenfalls anderweitig zu verwerten sind (z.B.: Verbrennung von altem Brot als Brennstoff).
2. Dass bei Nichteinhaltung der Vorschrift Sanktionen verhängt werden sollen, um eine Befolgung garantieren zu können.
3. Sich anhand des Modells in Frankreich zu orientieren.
4. Dass zudem bewusstseinsbildende Maßnahmen gesetzt werden (z.B.: Schulworkshops, Aufklärungsaktionen und Broschüren für BürgerInnen).

Salzburg, 22.10.2019
Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter

Antragstellerinnen: Lisa Anita Fuchs und Tiba Roberta Hütter
Gruppensprecherin: Lisa Anita Fuchs

